



Regierungsratsbeschluss vom 28. September 2021

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD; Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge für die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung; Vernehmlassung

P210843

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortschreiben an die Eidgenössische Steuerverwaltung.

Begründung

Die Erhöhung der steuerlichen Abzüge für Krankenkassenprämien führt zu hohen Mindereinnahmen für den Bund (230 Mio. Franken) und für die Kantone (60 Mio. Franken). Der Regierungsrat schlägt vor, die Abzüge auf einer tieferen, durch den Bundesrat zu definierenden Pauschale festzulegen. Damit können die finanziellen Ausfälle für Bund und Kantone limitiert werden.

